

Kommentar

Alexandra Riegler

Schuldenfalle
Plastikkarte

Wer bei seinen Kreditkartenzahlungen in Rückstand gerät, bekommt in den USA höhere Zinsen verrechnet. Nicht selten für all seine Kreditkarten. Für die wundersame Erhöhung der Gesamtschuld ist ein Rückstand oft nicht einmal nötig: Weil die Kartenfirma das Konsumverhalten ihrer Kunden genau im Auge behalten, steigen Zinsen bei manchen Verträgen bereits, wenn es zum Rückstand kommen könnte. Legal sind diese Praktiken allesamt, weil die Washingtoner Lobby der Kreditkartenriesen mächtig und

die kleinen Plastikkarten so undurchschaubar mit dem Florieren der Wirtschaft verbunden sind, dass sich niemand an Reformen die Finger verbrennen will. Vor allem jetzt nicht. Kunden, die gegen Zinslasten von 30 Prozent ankämpfen und es nie schaffen, ihre eigentliche Schuld zu reduzieren, gehören zum Tagesgeschäft. Die finanzielle Misere ist schließlich mehr oder weniger öffentlich einsehbar. Für den Vermieter etwa, der die Kreditkartennummern seiner potenziellen Mieter erfragt und die Bonität überprüft. Für Krankenhäuser, die einen Blick in die finanzielle Vergangenheit ihrer Patienten werfen, um sicherzustellen, dass künftige Rechnungen bezahlt werden. Für Autohändler, die laue Credit Histories kurzerhand mit schlechteren Konditionen quittieren. Kein Geld zu haben, kommt einen in Amerika doppelt teuer zu stehen. Aus österreichischer Sozialstaatssicht geradezu kaltblütig wird Armut einer Art persönlichen Nachlässigkeit zugeschrieben. Angesichts des Zinswuchers, der noch verboten war, als Kreditkarten in den 1960ern aufkamen, und der heute begründender Teil des Geschäftsmodells ist, scheint ein vermeintlich hausbackener Rat aktueller denn je: Lebe nicht über deine Verhältnisse.

Thomas Loser

Risikoscheues
Fördistan

Kennen Sie Fördistan? Im Herzen Europas gelegen, ist es ein Paradies für professionelles Skifahren. Gekonnte Aufbauarbeit und exzellente Entwicklung machen das kleine Fördistan zu einer Ski-Großmacht. Weniger maßgeblich ist Fördistan, wenn es um Ideen und Innovationen geht. Bund, Länder und Banken schauen Jungunternehmern und Entrepreneuren gerne auf die Finger und sorgen dafür, dass aus Innovationsmodellen die Risiken wegnivelliert werden. Was ja an sich nicht schlecht ist. Doch für

sich ist es das trotzdem. Denn so macht man Entrepreneure zu Ideen-Administratoren mit regionaler Durchsetzungskraft. Spitzenleistungen müssen gerade aufgrund der Marktgröße Fördistans international exportierbar und wettbewerbsfähig sein. Internationalisierung ist mit Risiken verbunden. Dafür scheint keine Aufbaukultur zu existieren. Jungunternehmern empfiehlt man die Drei-F-Kapitalisierung: Familie, Freunde und Fools. Risikokapital ist in Fördistan bestenfalls in homöopathischen Dosen vorhanden. Es scheint auch eine tief verwurzelte Scheu vor Kapital zu geben. Ein Venture Capitalist fördert und fordert in der kurzen Phase der unternehmerischen Beschleunigung. Wagniskapital will im besten Fall so schnell wie möglich vermehrt sein. Nichts fürchtet man in Fördistan mehr als eine ökonomische Heuschreckenplage. Dagegen gibt es Töpfchen mit dem Nektar, der langsam satt und abhängig macht. Jene, denen die finanzielle Innovationsentwicklung in Fördistan zu langsam oder zu hürdenreich ist, gehen weg. In den USA ist es zwar verdammt hart zu überzeugen. Aber wenn Ideen und Geschäftsmodelle überzeugt haben, steht das entsprechende Kapital, ohne Rücksicht auf Risiken, sofort zur Verfügung.

Recht auf Steuerflucht

Das große Schwitzen im Liechtensteiner Steuerskandal hat nun auch in Österreich eingesetzt. Doch steckt hinter Steuerflucht außer individuellem Egoismus nicht auch eine systemimmanente Reaktion?

Arno Maierbrugger

Steuerflüchtlinge in Österreich zittern. Die viel zitierten Daten-CDs des deutschen Fiskus enthalten auch eine Reihe österreichischer Namen, die wohl in den nächsten Wochen für Überraschungen sorgen werden. Im Grunde wird man davon ausgehen können, dass doch die einen oder anderen Wirtschaftsprominenten vor allem aus den westlichen Bundesländern ihre Schäfchen im winzigen Fürstentum ins Trockene gebracht haben. Man kann sich also genüsslich zurücklehnen und warten, bis ein paar bekannte Namen aus der Geld- und Klatschspalten-Society fallen.

Die Steueroasen – ein ewiges Ärgernis für Finanzbehörden in Hochsteuerländern? Kleine Staaten, die ihren historischen Status der Eigenrechtlichkeit nutzen, die als Kapitalhafen von Zinsen und Gebühren leben und durch ihre geringe Ausdehnung und niedrige Bevölkerungszahl kaum infrastrukturelle und soziale Ausgaben haben, machen es den großen Industrieländern durchaus schwer. Die Weltbank zum Beispiel begründet ihren Druck auf karibische Nullsteuerinseln ja genau mit diesen Argumenten: Bahamas und Co würden nur deswegen Nutznießer des globalisierten Finanztransfers sein, weil sie sich Steuerfreiheiten aufgrund

ihrer makroökonomischen Bedingungen leisten könnten. Wenn es aber Krisen, Unruhen und Katastrophen gibt, dann müsse wieder westliche (Geld-) Hilfe einspringen. Ohne die sturen Steueroasen würde logischerweise auch die weltweite Geldwäsche im Zusammenhang mit Drogen-, Waffen- und Menschenhandel wesentlich stärker eingedämmt werden können, so die Weltbank.

Das ist wohl wahr. Sobald es ins Kriminal abgeleitet, gehört Steueroasen mit allen Möglichkeiten der Saft abgedreht. Anders aber bei „normalen“ Steuerflüchtlingen, die ihr selbst erwirtschaftetes Geld vor der Doppelt- und Dreifachbesteuerung im Inland in einer Geldoase vor dem Zugriff des Fiskus schützen wollen. Hier sind nicht nur Egoismus und Geiz im Spiel, hier kommt eine systemimmanente Komponente zum Tragen.

Starkes Unrechtsempfinden

Am Beispiel Österreich: Wenn es um das Empfinden etwa der Mittelverdiener so bestellt ist, dass gerade sie den größten Teil der Sozial- und Steuerabgaben zu zahlen haben, dann stimmt das Verhältnis zwischen Leistungsträgern und Staat nicht mehr. Wenn der Staat nicht in der Lage ist, jene Bereiche der Wirtschaft und der Arbeit dort zu fördern – sprich: zu entlasten –,

wo die meiste Wertschöpfung zustande kommt, braucht er sich nicht zu wundern, wenn das Solidarempfinden der Steuerzahler von Jahr zu Jahr schrumpft. Wenn, wie in den letzten Jahren, trotz akzeptabler kollektivvertraglicher Steigerungen die Reallöhne durch höhere Bemessungsgrundlagen und Inflation de facto gesunken sind, ist der Versuch der Steuervermeidung ein nur allzu logischer.

Dass nicht nur Schwerverdiener, sondern auch sogenannte „Besserverdiener“ ein Korrektiv für Hochsteuerorgien des Staates suchen, ist vor dem Hintergrund der Liechtenstein-Affäre durchaus zu begreifen – ohne Millionäre wie Deutsche-Post-Chef Klaus Zumwinkel entschuldigen zu wollen.

Denn gelingt es dem Staat nicht, das Empfinden des Steuerzahlers in eine Richtung zu bringen, dass seine Leistungen einen schlanken, effektiven Staat finanzieren, und nicht einen aufgeblasenen Beamtenapparat mit einer zerstrittenen Regierung, dann wird Steuerflucht nicht einzudämmen sein. Aber das erfordert politische Kunst, und die ist in der momentanen Regierungskonstellation nicht absehbar. Denn: Wo bleiben Lösungen für die Pensions- und Krankenkassenkrise, wo bleibt der schlanke Staat, was blieb von der „größten Steuerreform aller Zeiten“?

Karikatur der Woche



Hitchcock im Steuerparadies...

Zeichnung: Kilian Kada